**Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens der 380-kV-Leitung Audorf –
Flensburg Nr. 324 wegen Umplanungen an Provisorien, Arbeitsflächen,
Schutzgerüsten und einem Bestandsmast auf dem
Gebieten der Gemeinden Handewitt, Jübek und Schülldorf**

Feststellung gem. § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Bekanntmachung des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein -Amt für Planfeststellung Energie- v. 25.05.2020 – Az.: AfPE 14- 667-Entscheidungen UVP-Pflicht-26h

Die TenneT TSO GmbH hat im Rahmen der laufenden Planung des o.g. Vorhabens festgestellt, dass Anpassungen am festgestellten Plan aufgrund veränderter bautechnischer Anforderungen in den o.g. Gemeinden nötig sind.

Hierfür sind in einigen Bereichen technische Ergänzungen/ Umplanungen an Provisorien, Arbeitsflächen und Schutzgerüsten vorzunehmen. Zudem sind Änderungen an der Erdseilführung von 110 kV-Leitungen im Bereich des UW Audorf notwendig. Die Änderungen beziehen sich dabei auf temporäre, bauzeitlich zu nutzende Flächen, wobei es sich vielfach um die technisch erforderliche Anpassung von Schutzgerüsten und Provisorien handelt. Anlagebedingt erfolgt der Ersatzneubau eines Bestandsmastes, es kommt jedoch nicht zu maßgeblichen zusätzlichen anlagebedingten Auswirkungen.

- Ersatzneubau des Mast 3 (205/102), provisorische Leitungsverlegung der 110-kV-Leitung Audorf – Husum, LH-13-102
- provisorische 1-systemige Leitungsanbindung der 110-kV-Leitung, LH-13-103
- Rückbau der Erdseilanbindung von Mast 1 (103) zu Mast 2 (205) und Umverlegung des Erdseils an das 110-kV Portal Audorf
- Rückbau der Erdseilanbindung von Mast 140 (121) zu Mast 1 (205) und Umverlegung des Erdseils an das 110-kV Portal Audorf
- Rückbau: zusätzliches Schutzgerüst und Zuwegung (Mast 115-116) über dem 110-kV-Abzweig Jübek, LH-13-106B
- 2-systemiges 380-kV Provisorium von Mast160 (305) bis Mast1(305A),

Auswirkungen auf die NATURA 2000-Gebiete oder weiterer Schutzgebiete durch die vorgesehenen Planänderungen können vor dem Hintergrund der Lage des Vorhabens zu den Schutzgebieten sowie der geringen räumlichen und zeitlichen Wirksamkeit des Vorhabens ausgeschlossen werden. Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen von etwa 8 ha auf meist landwirtschaftlich intensiv genutzter Fläche sind ausschließlich im Bereich der Baustelleneinrichtungsflächen, Zuwegungen und Überspannungsbereiche der beantragten Umplanungen zu erwarten. Es kommt durch die vorgesehenen Maßnahmen zu Knickeingriffen. Insgesamt betrifft dies eine Knicklänge von etwa 500 m. Die potenziellen Beeinträchtigungen des Knicknetzes sind ausschließlich baubedingt, kleinräumig und von kurzer Dauer.

Nach Umsetzung des Vorhabens stehen die temporär verlustigen Flächen umgehend wieder der ursprünglichen Funktion oder Nutzung zur Verfügung. Maßnahmen zur schutzgutbezogenen Vermeidung und Minimierung sowie zum Ausgleich und Ersatz werden vorgesehen (Realkompensation Ökokonto) und können umgesetzt werden. Es kommt zu einer vergleichsweise sehr geringfügigen Veränderung im Umfang von temporären Eingriffen oder geringfügigen dauerhaften Eingriffen in Natur und Landschaft i.S.d. § 14 BNatSchG i.V. mit § 8 LNatSchG. Das bereits genehmigte Vorhaben der 380-KV-Freileitung Nr. 234 „Mittelachse“ wird demnach nicht kumulierend betrachtet, da hier eine UVP durchgeführt wurde.

Die Prüfung hat ergeben, dass keine entsprechenden Auswirkungen oder besonderen örtlichen Gegebenheiten gemäß Anlage 3 UVPG vorliegen und dass nicht mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, die nach § 25 UVPG zu berücksichtigen sind, zu rechnen ist. Zudem soll die zuständige Behörde gemäß § 22 Abs. 2 UVPG von einer erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit absehen, wenn zusätzliche erhebliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu besorgen sind oder solche Umweltauswirkungen durch die vom Vorhabenträger vorgesehenen Vorkehrungen ausgeschlossen werden.

Anhand einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in seiner aktuellen Fassung, hat das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des

Landes Schleswig-Holstein -Amt für Planfeststellung Energie-, festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind. Diese Feststellung ist nach § 5 (3) UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Nach den Bestimmungen des Informationszugangsgesetzes (IZG-SH) für das Land Schleswig-Holstein in seiner aktuellen Fassung ist eine Einsichtnahme in diese Feststellung und die ihr zugrundeliegenden Unterlagen auf Antrag beim Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein -Amt für Planfeststellung Energie-, Mercatorstr. 5, 24106 Kiel, möglich.